

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

**NRW
SPD**

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich möchte die erste „Vorwärts“-Ausgabe 2011 nutzen, um euch ein gutes und erfolgreiches neues Jahr zu wünschen. Wir haben in den letzten Wochen gemerkt, dass die Zeiten etwas rauer werden und die Opposition und ein Teil der Medien ihre Attacken gegen unseren politischen Kurs verstärken. Das betrifft die einstweilige Anordnung des Verfassungsgerichtshofes in Münster zum Nachtragshaushalt. Das betrifft aber auch den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 (GFG). In vielen Gremien unserer Partei wird derzeit hierüber diskutiert. Mir ist es wichtig, dass die Debatte sach-



FOTO: UTA WAGNER

lich verläuft und wir der gespielten Empörung von CDU und FDP entschieden entgegentreten.

Mit dem GFG nimmt die Landesregierung eine längst überfällige Aktualisierung der Grundlagen des Gemeindefinanzierungsgesetzes vor. Es handelt sich dabei um eine notwendige statistische Anpassung, die von der alten Landesregierung jahrelang verschleppt worden ist. Es geht ausdrücklich nicht um politisch motivierte Änderungen. Und es geht auch nicht darum, bestimmte kommunale Gruppen zu begünstigen oder zu benachteiligen. Wir wollen eine gerechte Finanzausstattung, die den verfassungsrechtlichen Anforderungen entspricht.

Die Daten, auf denen das GFG 2010 beruht, stammen noch aus dem Jahr 1999. Insbesondere im Bereich der Soziallasten hat die Welt sich gegenüber 1999 aber gravierend verändert. So sind die Soziallasten in allen Kommunen kontinuierlich gestiegen. Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede bei den Steigerungsraten. Im Sinne einer gerechten Verteilung sind daher Korrekturen dringend erforderlich. Außerdem konnte und dürfte es die Landesregierung nicht darauf ankommen lassen, dass aufgrund von anhängigen Klagen einzelner Städte und Gemeinden gegen das alte GFG letztlich Gerichte über die Anpassung entscheiden. Dies hätte unter Umständen zu einer deutlich schlechteren Situation für viele Kommunen führen können.

Wichtig ist: Beim GFG 2011 handelt es sich nicht um einen Überraschungscoup der Landesregierung, sondern um eine notwendige Anpassung, die uns vom Verfassungsgerichtshof aufgetragen worden ist. Für die Kommunen ist von zentraler Bedeutung, dass die über das GFG zur Verfügung gestellte Summe 2011 auf 7,92 Milliarden Euro steigt. Das sind 323 Millionen Euro mehr als im GFG 2010 der alten schwarz-gelben Landesregierung. Das GFG 2011 hat damit das zweithöchste Volumen aller Zeiten. Die ihm zugrunde liegenden Berechnungen basieren auf den neuesten verfügbaren statistischen Daten. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf ist nur ein erster Schritt. Die vollständige Anpassung der Grunddaten erfolgt im Jahr 2012.

Die alte Landesregierung hat es vermieden, rechtzeitig zu handeln. Die für das Jahr 2008 turnusmäßig vorgesehene Aktualisierung hat sie aus politischem Kalkül auf die lange Bank geschoben. Auf Bundesebene hat Schwarz-Gelb es in der Hand, endlich etwas gegen die steigenden sozialen Lasten unserer Städte und Gemeinden zu tun und eine kommunalfreundliche und lastengerechte Politik zu gestalten. Es bleibt dabei: Die NRWSPD ist Partner der Kommunen. Wir müssen jetzt gemeinsam dafür kämpfen, dass nicht nur das Land, sondern auch die schwarz-gelbe Bundesregierung ihren Pflichten gegenüber den Städten und Gemeinden nachkommt.

Eure Hannelore Kraft

„EIN SOZIALES NETZWERK AUF ZWEI BEINEN“ LANDESREGIERUNG GEDENKT JOHANNES RAU

Im ehemaligen Ständehaus am Düsseldorfer Schwanenteich fand Hannelore Kraft bewegende Worte: „Johannes Rau hat uns ein reiches Erbe hinterlassen. Mit den Inhalten, die er gesetzt hat, mit dem Stil, in dem er Politik betrieben hat. Wir haben mit ihm einen unersetzlichen Menschen und eine große Persönlichkeit verloren. Sein großes Erbe haben wir nicht verloren, wenn wir es annehmen, können wir es mehren.“

Vor rund 300 Gästen würdigte die Ministerpräsidentin Leben und Wirken von Johannes Rau, der am 16. Januar 80 Jahre alt geworden wäre. Im Ständehaus hatte 53 Jahre zuvor die politische Laufbahn von Johannes Rau begonnen. Er war unter anderem 41 Jahre lang Landtagsabgeordneter und zwanzig Jahre Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Am 1. Juli 1999 wurde er als Bundespräsident vereidigt. Allerdings, so die Ministerpräsidentin, seien vielen Menschen nicht die Ämter und Auszeichnungen im Gedächtnis haften geblieben. In Erinnerung seien aber sehr wohl das Auftreten und die unvergleichliche Art von Johannes Rau: Seine besondere Art zu sprechen, seine Zugewandtheit, sein Humor.

Johannes Rau, so die Ministerpräsidentin weiter, habe ein phänomenales Gedächtnis für Namen und Ereignisse gehabt. Er habe stets den Kontakt zu den Menschen gesucht, habe unzählige Briefe geschrieben und sei deshalb so etwas wie ein „soziales Netzwerk auf zwei Beinen“ gewesen. An der Veranstaltung nahmen auch Christina Rau und Tochter Anna teil, sowie viele Weggefährten von Johannes Rau, darunter Berthold Beitz, Friedhelm Farthmann, Franz Müntefering und Peer Steinbrück.

In ihrer Rede hob Hannelore Kraft hervor, dass für Johannes Rau immer der Mensch Maßstab seines Handelns gewe-

sen sei. Er sei nicht müde geworden, auf den entscheidenden Punkt hinzuweisen: Politik müsse das Leben der Menschen menschlicher machen.

In einem eindrucksvollen Filmbeitrag zeichnete die Journalistin Anne Linsel den Lebensweg von Johannes Rau nach. Die Journalisten Christoph Lütgert, Hans Leyendecker und Jürgen Zurheide, die Rau über viele Jahre in Düsseldorf, Bonn und Berlin begleitet hatten, erinnerten in einer spannenden und unterhaltsamen Talkrunde an Begebenheiten und Erlebnisse mit dem „Menschenfischer“.

Siehe auch Seite IV

DIOXINSKANDAL – ESSEN NICHT UM JEDEN PREIS

Von André Stinka



André Stinka Mdl.,
Umweltpolitischer Sprecher
der NRW-Landtagsfraktion

Schlägt man einen Prospekt eines Supermarkts auf, springen uns Angebote entgegen wie Schweinerippe am Stück jetzt noch billiger, für nur noch 3,79 Euro je Kilo. Bei solchen Preisen entsteht unwillkürlich der Verdacht, dass es hier nicht mit rechten Dingen zugeht. Es ist deshalb nicht überraschend, dass die Verbraucher angesichts des Dioxinskandals an der Unbedenklichkeit unserer Lebensmittel noch stärker zweifeln und Eiern und Schweinefleisch von Einkaufszettel streichen.

Das Dilemma mit unseren Lebensmitteln resultiert aus dem Prinzip des „immer billiger“. Das heißt: industrielle Tierhaltung und Verarbeitung, schnelle Aufzucht und billigste Futtermittel. Dort wo ein rigider Preisdruck herrscht, sehen sich manche verführt, die legalen Wege zu verlassen. Die NRW-Landesregierung hat auf den Dioxinskandal schnell reagiert und die Lösungsstrategien dem Bund diktiert. Landwirtschaftsministe-

rin Ilse Aigner musste diesem Druck nachgeben und hat sich endlich bereit erklärt, in ihrem Bereich initiativ zu werden. Nun sollen die Überwachung der Futtermittelproduktion verbessert werden, die Futtermittelproduktion sicherer gemacht werden, die Strafverfolgung intensiviert und die Informationspflichten an die Verbraucher erhöht werden.

Das allein reicht aber nicht. Denn wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, dass weitere Skandale nun auszuschließen sind. Deshalb müssen wir uns folgende Fragen stellen: Wie viel ist uns eine gute Ernährung wert? Wie arbeiten Menschen in der Lebensmittelproduktion? Was können wir den Tieren, die wir nutzen, zumuten? Was bedeutet Essen für unsere Kultur?

Gesunde Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen sind wichtig, da sie vor allem den Menschen mit kleinen Einkommen zu Gute kommen. Allerdings müs-

sen wir hier eine deutliche Grenze setzen. Auch bei der Produktion von Lebensmitteln darf es keine Dumpingbedingungen geben. Gute Lebensmittel setzen gute Arbeitsbedingungen voraus. Wer die teilweise widrigen Arbeitsbedingungen in den Schlachthöfen kennt, wundert sich nicht über Gammelfleisch. Die Qualität der landwirtschaftlichen Rohstoffe steigt, wenn sie nachhaltig produziert und regional vermarktet werden. Dadurch lässt sich wieder Vertrauen zurückgewinnen und zugleich wird den Landwirten eine wirtschaftliche Alternative jenseits der bisherigen Massenproduktion eröffnet. Die SPD wird deshalb die Diskussion um die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU nutzen. Dabei geht es der SPD nicht um eine ideologische Grundsatzentscheidung zwischen biologischer und konventioneller Landwirtschaft, sondern wie wir in Zukunft flächendeckend eine umweltfreundliche und qualitativ bessere Produktion sichern können. ■

LANDESREGIERUNG VOLL HANDLUNGSFÄHIG ENTSCHEIDUNG DES VERFASSUNGSGERICHTSHOFS ZUM NACHTRAGSHAUSHALT WIRD IN RUHE ABGEWARTET

Von Michael Groschek

Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs in Münster zum Nachtragshaushalt hat in den vergangenen Tagen ein erhebliches mediales Echo ausgelöst und die Opposition in Düsseldorf zu wüsten Tiraden gegen die Landesregierung veranlasst. Es lohnt sich aber, die einstweilige Anordnung des Gerichts etwas genauer zu betrachten. Was ist geschehen? CDU und FDP hatten im Dezember beim höchsten Gericht des Landes einen Antrag eingebracht, der ein eindeutiges Ziel hatte: Der Vollzug des Nachtragshaushalts 2010 sollte gestoppt und auf der Basis dieses Haushalts bereits vollzogene Maßnahmen rückabgewickelt werden.

Diesem Antrag ist das Gericht ausdrücklich nicht gefolgt. Die Landesregierung ist handlungsfähig. Gehälter werden gezahlt, Lehrer werden eingestellt. Auch die Kommunen müssen keine Sorge haben, dass sie avisierte Gelder nicht bekommen oder schon erhaltene Gelder zurückzahlen müssen. Es herrscht kein Stillstand der Geschäfte. Der Haushalt

wird vollzogen. Allerdings haben die Richter der Landesregierung eine Auflage erteilt: Bis zur endgültigen Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit des Nachtrags – voraussichtlich im März – dürfen keine weiteren Kredite auf der Basis des Nachtragshaushalts aufgenommen werden. Das wird von der Landesregierung natürlich respektiert. Wichtig ist aber: Die einstweilige Anordnung des Gerichts besagt überhaupt nichts darüber, ob der Nachtragshaushalt insgesamt verfassungswidrig ist. Diese Entscheidung in der Hauptsache werden wir in Ruhe abwarten.

Wie geht es nun weiter? Am 15. Februar hat die Regierung in einer Anhörung die Gelegenheit, dem Verfassungsgerichtshof die Gründe für die Aufstellung des Nachtragshaushalts zu erläutern. Dabei wird ein Punkt eine zentrale Rolle spielen: Der Nachtragshaushalt ist vor allem eine Schlussabrechnung mit der Politik der alten Landesregierung. Deren Versäumnisse und Trickereien werden jetzt aufgedeckt. Er enthält nur die erforderlichen Korrekturen an den-

jenigen Etatposten, die die Vorgängerregierung verschoben, versteckt oder vergessen hat. Dazu gehören auch milliardenschwere Rückstellungen für die Bad Bank der WestLB, die aufgrund von riskanten Geschäften – die meisten übrigens getätigt in der Regierungszeit von CDU und FDP – in Probleme geraten ist. Finanz-Experten sind sich einig, dass die bisherige Rücklage von 1,1 Milliarden Euro nicht ausreichen wird. Deshalb wollen wir die Rücklage um 1,3 Milliarden Euro aufstocken. Wir müssen deutlich machen: Der Nachtragshaushalt enthält kein einziges rot-grünes Projekt.

In Teilen der Opposition und einigen Medien ist nun der Ruf nach Neuwahlen zu hören. Wir sollten uns hiervon nicht beeindruckt lassen und uns an dieser Debatte nicht beteiligen. Wichtig ist: Die Landesregierung arbeitet ruhig und vertrauensvoll zusammen. Sie ist handlungsfähig und hat bisher keine Abstimmung im Landtag verloren. Deshalb: Es gibt keine Regierungskrise in NRW und damit auch keine Veranlassung über Neuwahlen zu spekulieren. ■



Michael Groschek MdB,
Generalsekretär der NRWSPD

ELF-PUNKTE-PROGRAMM FÜR BESSERE WINTERMOBILITÄT

KONFERENZ IM LANDTAG MIT NRW-VERKEHRSMINISTER HARRY K. VOIGTSBERGER

Von Jochen Ott

Räumfahrzeuge mit Blaulicht und Martinshorn, eine dezentral gelagerte Streusalzreserve und die bessere Wartung von Zügen und Schienen: Das sind nur einige Forderungen von Verkehrsminister Harry K. Voigtsberger, mit deren Hilfe künftig ein reibungsloser Verkehr in den Wintermonaten gewährleistet werden soll. Rund 70 Vertreter der Verkehrsbereiche Bahn, Straße und Luft folgten der Einladung des Landesverkehrsministers in den Landtag. Am Ende einigte man sich auf einen elf Punkte umfassenden Aktionsplan, der die Wintermobilität deutlich verbessern soll.

Neben den genannten Maßnahmen wird der Bund aufgefordert, künftig auf die Gewinnabführung der Bahn AG in Höhe von jährlich 500 Millionen Euro zu verzich-

ten. Diese Vorgehensweise des Bundesverkehrsministers ist nicht länger hinnehmbar, zumal dieser selbst die Bahn in einer strukturellen Finanznot sieht. Gerade jetzt ist es wichtig, dass Investitionen in Fahrzeuge, Personal und Infrastruktur sowie in Nachrüstungen von Weichen mit Heizungen getätigt werden. Weiterhin wurden auf der Konferenz an die Witterung angepasste Fahrpläne gefordert und eine deutliche Verbesserung der Fahrgastinformationen.

Die Entscheidung der rot-grünen Landesregierung, dem Straßenerhalt Vorrang vor dem Neubau von Straßen zu gewähren, war richtig. Dies zeigt sich ganz besonders in den nach diesem Winter offensichtlich zu Tage getretenen massiven Straßenschäden. Dabei ist Grundsanierung immer besser als Flickschusterei.

Ein weiteres Ergebnis der Konferenz: Im Bereich Luft soll es zu mehr Kooperation zwischen den einzelnen Flughäfen kommen, damit Engpässe bei der Versorgung mit Enteisungsmittel künftig vermieden werden. Der Minister lobte am Ende der Konferenz die konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten. Es wurde verabredet, dass die Teilnehmer regelmäßig zusammenkommen sollen, um eine reibungslose Mobilität in NRW zu gewährleisten.

Die konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten und das Elf-Punkte-Programm stellen eine stabile Basis für die zukünftige Vermeidung von wetterbedingten Verkehrsbehinderungen in NRW dar und werden durch regelmäßige Gespräche weiter optimiert. ■



Jochen Ott Mdl,
Verkehrspolitischer Sprecher
der SPD-Landtagsfraktion

DIE NRWSPD GRATULIERT IM FEBRUAR...

... ZUM GEBURTSTAG

- 101 Jahre:** Else Hanisch
100 Jahre: Alma Garpow
99 Jahre: Anny Leitsch
97 Jahre: Elisabeth Molle
 Max Puhlmann
96 Jahre: Siegfried Dietrich
 Margarete Frage
95 Jahre: Ernst Heiner
 Konrad Wisch
 Emilie Zimpel

...ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

- 65 Jahre:** Richard Bürgel
 Marianne Christmann
 Hermann Goetsch
 Inge Kapp
 Heinz Kögler
 Hans Marquardt
60 Jahre: Walter Lohmeyer
 Karl-Heinz Michgehl
50 Jahre: Alois Graute
 Helga Mandlbürger
 Josef Mann
 Rudolf Otto
 Eva-Maria Reinke
 Günter Strunk

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!

FAST 900 LANGJÄHRIGE MITGLIED- SCHAFTEN IM JANUAR

Allein im Januar 2011 feierten fast 900 Genossinnen und Genossen in NRW ihr 50-, 60- oder 65-jähriges Parteijubiläum. Rudolf Oeser, Ewald Scheibe und Paul Tempelmeyer sind sogar seit 80 Jahren Parteimitglieder. Die NRWSPD gratuliert allen Jubilaren ganz herzlich. Ebenso gratulieren wir allen Genossinnen und Genossen, die im Januar ihren Geburtstag gefeiert haben und noch feiern werden.

Aufgrund der Vielzahl von Jubilaren im Januar können leider nicht alle namentlich in der Druckausgabe des Vorwärts genannt werden. Eine Liste aller Januar-Jubilare und Geburtstagskinder befindet sich aber in unserer Online-Ausgabe des Vorwärts im Internet unter www.nrwspd.de/vorwaerts. ■



COPYRIGHT: STAATSKANZLEI NRW/FOTO: RALPH SONDERMANN

Große Gedenkfeier für Johannes Rau am 17. Januar 2011: Im Düsseldorfer Ständehaus haben Familie, Parteifreunde, Politiker und Weggefährten Johannes Rau gewürdigt. Am 16. Januar wäre er 80 Jahre alt geworden. Im Bild (v. l.) Berthold Beitz (Vorsitzender der Krupp-Stiftung), Anna Rau, Christina Rau, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg, Dr. Michael Bertrams (Präsident des Verfassungsgerichtshofes). Auch das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat den SPD-Politiker und ehemaligen Bundespräsidenten im Rahmen einer Festveranstaltung am 24. Januar 2011 in der Landesvertretung von NRW Berlin gewürdigt.

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH 2011 IN SCHWERTE

Der Politische Aschermittwoch der SPD-Region Westliches Westfalen hat Tradition: Er ist seit Jahren die zentrale SPD-Veranstaltung zum Aschermittwoch in Nordrhein-Westfalen. Auch im Jahr 2011 lädt die SPD-Region Westliches Westfalen wieder herzlich ein. Geboten werden ein attraktives politisches Programm sowie ein zünftiger Imbiss.

ERÖFFNUNG:

Wolfram Kuschke, stv. Vorsitzender SPD-Region WW
REDEN:

Norbert Römer, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion
Reiner Priggen, Vorsitzender der Landtagsfraktion
 Bündnis 90/Die Grünen

RAHMENPROGRAMM: **Pilspicker Jazzband**

Der Politische Aschermittwoch findet statt am **9. März 2011 um 18 Uhr** (Einlass ab 17 Uhr) im **Waldrestaurant „Freischütz“** in 58239 Schwerte, Hörder Straße 131.

Eintrittskarten sind zum Preis von 5,- Euro im Vorverkauf in allen SPD-Unterbezirksbüros im Westlichen Westfalen und im Büro der Region erhältlich.

Nähere Auskünfte erteilt das Büro der SPD-Region Westliches Westfalen, Sigrid Schneider, Brüderweg 10-12, 44135 Dortmund, Tel.: 0231 585612, Fax: 0231 585623, E-Mail: region-westliches-westfalen@spd.de. ■

KOMMUNALPOLITISCHE REGIONALVERSAMMLUNGEN AM 10. FEBRUAR 2011

Wie geht es weiter mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2011, dem Stärkungspakt Stadtfinanzen und der Beteiligung des Bundes an der kommunalen Finanzmisere? Welche Überlegungen gibt es hinsichtlich der Wiedereinführung der Stichwahl, der Zusammenlegung von Rats- und Bürgermeisterwahl, einer stärkeren Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen? Zu diesen zentralen Fragen stehen im Laufe des Jahres 2011 wichtige Entscheidungen an.

Wir wollen gemeinsam mit allen kommunalpolitisch interessierten Genossinnen und Genossen über diese spannenden Fragen diskutieren und laden Euch daher gemeinsam mit der SGK in Nordrhein-Westfalen zu zwei Regionalversammlungen in Gelsenkirchen und Düsseldorf ein. Diese finden statt am

**10. Februar 2011
in Gelsenkirchen (17 Uhr) und Düsseldorf (18 Uhr)**

Nähere Informationen – etwa über den Veranstaltungsort und den konkreten Ablauf – erhaltet Ihr zeitnah über die Dienstagepost und die Internet-Seiten der NRWSPD (www.nrwspd.de) und der SGK in Nordrhein-Westfalen (www.sgknrw.de).

An den Regionalversammlungen werden führende Vertreter der Landesregierung, der NRWSPD, der Landtagsfraktion und der SGK in Nordrhein-Westfalen teilnehmen, darunter Innenminister Ralf Jäger, Staatssekretär Hans-Ulrich Krüger, Marc Herter und Jochen Ott (stv. Vorsitzende der NRWSPD), Michael Groschek (Generalsekretär der NRWSPD) und Frank Baranowski (Vorsitzender der SGK in Nordrhein-Westfalen). ■